

Reisepass überprüfen

VADUZ. Die Landespolizei warnt die Bevölkerung vor der Reisezeit davor, als verloren oder gestohlen gemeldete Ausweise zu verwenden. Jedes Jahr werden bei der Landespolizei mehrere Hundert liechtensteinische Reisepässe, Identitätskarten und Führerausweise als verloren oder gestohlen gemeldet. Die Polizei erfasst jene abhandengekommenen Dokumente in internationalen Fahndungsdatenbanken. Es kann nämlich nicht ausgeschlossen werden, dass ein solcher Ausweis in falsche Hände gelangt und international zur Begehung von Straftaten oder zur Verschleierung der tatsächlichen Identität verwendet wird. Mit der Verlustmeldung verliert der jeweilige Ausweis zudem seine Gültigkeit. Die Erfahrung zeige immer wieder, dass ein als abhanden gemeldeter Ausweis dann doch vom Ausweisinhaber wieder aufgefunden und verwendet wird, wie die Landespolizei mitteilt. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass die Weiterverwendung eines solchen Ausweises erhebliche Probleme auf Reisen mit sich bringen kann. Einzelne Länder haben der Landespolizei gemeldet, dass sie die Ein- und Durchreise mit einem solchen Ausweis auf keinen Fall gestatten würden. Die Landespolizei ersucht daher die Bevölkerung, rechtzeitig vor Reisebeginn die Dokumente zu überprüfen und sich gegebenenfalls mit der ausstellenden Behörde oder der Landespolizei in Verbindung zu setzen. (lpfl)



Die Ergebnisse, welche die Projektleiter Brian Haas und Alessia Blöchlinger gestern Abend im Regierungsgebäude in Vaduz vorstellten, waren teilweise überraschend – sowohl im positiven wie im negativen Sinne. «Immerhin zwei Drittel der Befragten interessieren sich grundsätzlich für das politische Geschehen in Liechtenstein», sagte Jugendratspräsident Brian Haas. Viele informieren sich über Freunde und Familie, sowie über die Landeszeitungen. Die neuen Medien wie Radio, TV und Internet schneiden schlechter ab. Fast drei Viertel der Jugendlichen gaben zudem an, sich vor Abstimmungen regelmässig oder ab und zu über die Vorlagen zu informieren.

POLIZEIMELDUNGEN

Selbstunfall

SHELLENBERG. Am Mittwoch, 2. Juli, gegen 23 Uhr, verursachte der Lenker eines Personenwagens in vermutlich nicht fahrfähigem Zustand auf der Schellenbergerstrasse in Fahrtrichtung Ruggell einen Selbstunfall. Der Fahrzeuglenker kam von der Fahrbahn ab, durchquerte eine Wiese und kam am Waldrand schliesslich zum Stillstand. Am Fahrzeug entstand Sachschaden. (lpfl)

Verletzte Person bei Arbeitsunfall

ESCHEN. In Eschen kam es am Mittwoch, 2. Juli, gegen 16.30 Uhr zu einem Arbeitsunfall. Der Verunfallte war mit Rüstvorgangsarbeiten an einer Presse beschäftigt. Im Zuge des Pressvorganges zerbarst ein Metallteil. Infolge umherfliegender Metallteile zog sich der Verunfallte Verletzungen im Gesicht zu, weshalb er durch den Rettungsdienst ins Landeskrankenhaus Feldkirch gefahren wurde. (lpfl)

Mit Lieferwagen in Tunnelwand geprallt

St. Gallen. – Eine 26-jährige Frau ist am Mittwochmorgen im Schontunnel der St. Galler Stadtautobahn mit ihrem Lieferwagen ins Schleudern geraten und in die Tunnelwand geprallt. Sie wurde dabei leicht verletzt und mit dem Rettungswagen ins Spital gebracht. Der Tunnel musste nach dem Unfall für rund eine Stunde gesperrt werden, wie die Kantonspolizei mitteilte. Als Unfallursache vermutet die Polizei zu schnelles Fahren. (sda)

Jugend und Politik: Das Interesse ist da

Wie viel wissen die Jugendlichen in Liechtenstein über die hiesige Politik? Wo besteht Handlungsbedarf? Eine Umfrage des Jugendrats sollte Klarheit schaffen – sie zeigt, dass lediglich ein Drittel der Befragten sich der Politik verwehrt.

ANGELA HÜPPI

VADUZ. Ziel der Schülerumfrage des Jugendrats Liechtenstein ist es, Daten für künftige Projekte zur Verbesserung der politischen Bildung der Jugendlichen in Liechtenstein zu liefern. Der Jugendrat wollte herausfinden, wie viel die Jugendlichen wissen und in welchen Bereichen Wissenslücken bestehen. Die Idee zur Umfrage entstand im Juni 2013. Gemeinsam mit dem Schulamt wurde sie im März 2014 an allen Liechtensteiner Schulen durchgeführt.

Durchschnittsalter 16,5 Jahre

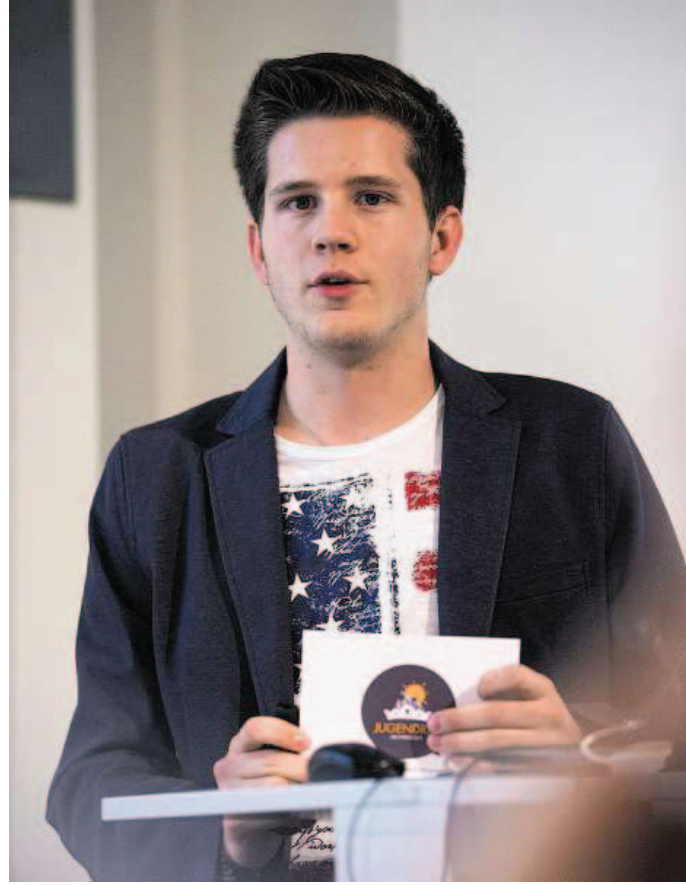
591 Schülerinnen und Schüler aus den 4. Klassen der weiterführenden Schulen, den 4. bis 7. Klassen des Gymnasiums und des 10. Schuljahres beteiligten sich an der Umfrage, das Durchschnittsalter betrug 16,5 Jahre. Die Umfrage, die unter prüfungsähnlichen Bedingungen an den Schulen durchgeführt wurde, beinhaltete Fragen zur persönlichen Einschätzung des Politikinteresses, zum Allgemeinwissen über Liechtenstein, zu Fürst, Volk, Parteien, Landtag, Regierung sowie zum Jugendrat.

Zwei Drittel interessieren sich

Die Ergebnisse, welche die Projektleiter Brian Haas und Alessia Blöchlinger gestern Abend im Regierungsgebäude in Vaduz vorstellten, waren teilweise überraschend – sowohl im positiven wie im negativen Sinne. «Immerhin zwei Drittel der Befragten interessieren sich grundsätzlich für das politische Geschehen in Liechtenstein», sagte Jugendratspräsident Brian Haas. Viele informieren sich über Freunde und Familie, sowie über die Landeszeitungen. Die neuen Medien wie Radio, TV und Internet schneiden schlechter ab. Fast drei Viertel der Jugendlichen gaben zudem an, sich vor Abstimmungen regelmässig oder ab und zu über die Vorlagen zu informieren.

EU-Mitglied Liechtenstein?

Wieviel die Schüler aber abgesehen von ihrer Selbsteinschätzung tatsächlich über das Land



Jugendratspräsident Brian Haas und Alessia Blöchlinger präsentierten die Ergebnisse der Schülerumfrage.



Bilder: Daniel Schwendener

wissen, zeigte sich erst bei den Wissensfragen. Im allgemeinen Teil wussten zwar die meisten, wie gross das Land ist und wieviele Einwohner es hat. Dass Einwohner des Unterlands allerdings keine Landtagsabgeordneten aus dem Oberland wählen können, wussten viele nicht. Und immerhin 22,5 Prozent waren der Meinung, dass der Fürst die Regierung bestellt. Auch bei der Staatsform hapert es: Nur 30 Prozent konnte diese richtig benennen. Dass Liechtenstein Mitglied des EWR ist, wussten dafür immerhin 60 Prozent – 16 Prozent tippten allerdings auf die EU.

DU-Vertreter am bekanntesten

Gut informiert sind die Jugendlichen dagegen über das Fürstenhaus. 80 Prozent wussten, wie der Fürst heisst, 83 Prozent kannten den Namen des Erbprinzen. Dafür bestand Verwirrung darüber, ob Auslands liechtensteiner wählen dürfen oder nicht. Dies sei vermutlich

auf die Berichterstattung in der letzten Zeit zurückzuführen, sagte Brian Haas – die Jugendlichen wussten nicht, ob lediglich Vorstösse zu diesem Thema gemacht wurden oder ob die gesetzlichen Grundlagen tatsächlich geändert wurden.

Bei den Fragen zu den Parteien zeigte sich, dass drei Viertel der Befragten wussten, dass es in Liechtenstein vier Parteien gibt. Bei den Vertretern wird die Sache allerdings schon schwieriger: Bei VU-Präsident Jakob Büchel tippte beispielsweise die Hälfte auf die VU, und die andere Hälfte auf die FBP. Dass Landtagspräsident Albert Frick zur FBP gehört, wussten immerhin 60 Prozent.

Dafür übersprang rund ein Drittel der Befragten die Frage nach den Vor- und Nachnamen von vier Landtagsabgeordneten. Ein weiteres Drittel versuchte sich zwar, konnte die Frage aber nicht korrekt beantworten. Am meisten genannt wurden indes Herbert Elkuch, Eugen Nägele und Harry Quaderer – sie sind

den Jugendlichen am ehesten ein Begriff. Den Vor- und Nachnamen von Regierungschef Adrian Hasler kannten 55 Prozent der Befragten. Von den übrigen Regierungsmitgliedern ist Aurelia Frick die bekannteste, gefolgt von Thomas Zwiefelhofer.

Interesse muss gefördert werden

Die Lehrer schätzten die Umfrage-Ergebnisse gemäss Alessia Blöchlinger unterschiedlich ein. Für einige waren sie allerdings «schockierend». «Die Umfrage zeigt auf, wie wenig die Jugendlichen eigentlich über ihr Land wissen», so die Rückmeldung eines Lehrers. Dies müsse unbedingt geändert werden – denn nur, wer die politischen Grundlagen kenne, könne auch etwas bewegen. Der Jugendrat selbst zieht ein grundsätzlich positives Fazit aus der Umfrage. «Ein Drittel der Befragten verwehrt sich der Politik», stellte Brian Haas fest. Dies sei angesichts des noch jungen Alters der Teilnehmenden allerdings nicht beunruhigend.

Grundsätzlich sei das Interesse an der Politik bei vielen Jugendlichen vorhanden – dieses müsse daher unbedingt entsprechend gefördert werden. «Das grundlegende Wissen der Jugendlichen ist in Ordnung – bei spezifischeren Fragen allerdings besteht Handlungsbedarf», so Haas. So sei es beispielsweise wichtig, dass auch die Jugendlichen ihre Repräsentanten beim Namen nennen können – dass sie wissen, wer in der Liechtensteiner Politik überhaupt das Sagen hat.

Ziel: Mehr Mitwirkung

Nachdem die Ergebnisse der Schülerumfrage nun bekannt sind, wird sich der Jugendrat in den nächsten Sitzungen damit befassen, welche Projekte konkret zur Verbesserung der politischen Bildung in Liechtenstein angegangen werden sollen. Denn die Jungen sollen über die Politik des Landes Bescheid wissen – damit sie sich aktiv beteiligen und selbst politisch mitwirken.

Lebensbedingungen im Jahr 2014 besser bewertet

VADUZ. Das Indikatorensystem soll darüber informieren, ob die langfristige Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit verläuft. Die Themenbereiche Gesundheit, Wirtschaft, Energie und Klima wurden diesmal negativer bewertet als im Vorjahr. Der Themenbereich Lebensbedingungen dagegen konnte positiver bewertet werden.

Höherer Energieverbrauch

Von den insgesamt 55 Indikatoren wurden im Jahr 2014 29 positiv bewertet, d.h. die Entwicklung zeigt in Richtung Nachhaltigkeit. 14 Indikatoren wurden negativ bewertet, d.h. sie entwickeln sich weg von der Nachhaltigkeit. 12 Indikatoren wurden neutral bewertet.

Im Themenbereich Gesundheit ergab eine niedrigere Gesamtfruchtbarkeitsrate eine schlechtere Bewertung. Im Themenbereich Wirtschaft mussten die Indikatoren Fiskalquote,



Bild: Archiv/Elma Korac

Das aktuelle Indikatorensystem zeigt gemäss Ergebnissen des Amtes für Statistik bei drei Themenbereichen eine Verschlechterung und bei einem Themenbereich eine verbesserte Bewertung.

Bruttonationaleinkommen, Umweltbezogene Abgaben und Patentanmeldungen schlechter bewertet werden. Im Themenbereich Klima und Energie führte ein höherer Energieverbrauch zu einer schlechteren Bewertung. (ikr/rba)

Kanton St. Gallen nimmt syrische Flüchtlinge auf

ST. GALLEN. Der Kanton St. Gallen will 60 syrische Flüchtlinge aus einem UNHCR-Programm aufnehmen. Nach den Sommerferien sollen die ersten Familien einreisen. Sie werden zuerst in einem ehemaligen Internat in Thal betreut und danach an die Gemeinden verteilt. Erklärtes Ziel sei es, die Flüchtlinge aus Syrien im Kanton zu integrieren, sagte der St. Galler Regierungsrat Fredy Fässler gestern an einer

Medienorientierung in St. Gallen. Dafür brauche es nicht nur engagierte Behörden. Er wünsche sich von der Bevölkerung, «dass sie ohne Vorurteile und mit Offenheit auf die Flüchtlinge zugeht». Ausgewählt wurden verletzte Personen: notleidende und traumatisierte Familien. Sie werden zuerst in heute leerstehenden Räumlichkeiten des ehemaligen Internats Marienburg in Thal untergebracht. (sda)

Ausblick 2014: Experten äussern sich zur Mobilität der Zukunft. **Zweiphasen-Ausbildung:** Warum die Kurse für Neulenker enorm wichtig sind. **Opel Adam:** Der pfeifige Kleinwagen gibt sich sehr glamourös. **Leserreise:** Durch die Südstaaten der USA.

Der «Touring» bringt's.

Diese Woche im Briefkasten.

